Haushaltsrede

der SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Eitorf

Sara Zorlu

zum Haushaltsplan 2015 der Gemeinde Eitorf

-Es gilt das gesprochene Wort-

Stellungnahme der SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Eitorf zum Haushalt 2015 incl. HSK 2023

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr verehrte Ratskolleginnen und -kollegen,

sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchte ich allen in der Gemeindeverwaltung und dabei besonders Herrn Strack und ihrem Team von der Kämmerei für die rund um den Haushaltsentwurf geleistete Arbeit ganz herzlich danken! Einen ganz besonderen Dank auch für die ausführliche Beantwortung unseres Fragenkatalogs im Rahmen der Beratungen in den letzten Wochen.

Wer die diesjährigen Haushaltsberatungen verfolgt hat, konnte feststellen, dass zwischen den Parteien weitgehend Übereinstimmung herrscht, was die grundlegende Richtung eines in den nächsten Jahren ausgeglichen Haushaltes bzw. das Erreichen eines genehmigungsfähigen Haushaltssicherungskonzeptes betrifft. Für das Wiedererreichen der gemeindlichen Selbstverwaltung ist die Erlangung eines Haushaltsausgleiches innerhalb der nächsten Jahre und damit die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltsicherungskonzeptes von maßgeblicher Bedeutung und daher auch das Ziel der SPD-Fraktion.

Über das Wie und Wann bestehen jedoch deutliche Auffassungsunterschiede.

Die Rahmenbedingungen für die diesjährigen Haushaltsberatungen sind gegenüber den Vorjahren weitgehend unverändert schlecht. Die Kreisumlage steigt unverändert weiter, mittlerweile auf das Rekordniveau von 7 Mio. €.

Das heißt ohne massive Einnahmeerhöhungen ist kein ausgeglichener Haushalt möglich.

Ein Haushaltsicherungskonzept, welches jedoch lediglich dazu dienen soll, den jährlichen Kreditrahmen zu erhöhen und damit ohne tatsächliche Zukunftsfähigkeit die Schulden für die nächsten Generationen zu erhöhen, ist abzulehnen.

Bevor wir jedoch unsere Entscheidung für diesen Haushaltsentwurf verkünden, möchten wir mit Ihnen, Herr Bürgermeister über ihre Bilanz sprechen.

Ihre Haushaltsrede im Dezember fiel sehr knapp und unkreativ aus. Ihre Bilanz ist eine Reihung von diversen Themen, in denen sie es sehr geschickt schaffen, ihre Position, ihre Haltung und(politische-) Zielrichtung zu verstecken. Aus diesem Grund gehe ich jetzt mit Ihnen diese einzelnen Punkte durch, um ihre Themen auch mit politischen Inhalten und Zielen zu füllen.

Ich halte mich da an ihre Reihenfolge und ergänze diese mit sehr wichtigen Themen die Sie gar nicht erst angesprochen haben – sehr zu unserer Verwunderung übrigens:

1. Sanierung des Hermann-Weber-Bad (HWB)

Die SPD-Fraktion ist für den Erhalt des HWB in unserer Gemeinde und auch für die Sanierung. Es ist wichtig, dass diese öffentliche Einrichtung für Vereine, Schulen und Familien erhalten bleibt.

Bedauerlicherweise wurden in den letzten Jahren erforderliche Arbeiten und Maßnahmen nicht gründlich durchgeführt und überprüft. Oder wie erklären Sie sich die plötzliche Meldung in den Zeitungen, dass die Technik des Bades vor sich her rostet? Nach einem Rundgang 2013 stellte man fest, dass das Schwimmbad plötzlich in einem desolaten Zustand ist.

Von der (katastrophalen) Außendarstellung und dem Image unserer Gemeinde mal abgesehen, war dieser desolate Zustand sogar für die anwesenden Laien ersichtlich. Mit dieser Art der Sparpolitik über Jahre hinweg erwarten uns hohe Folgekosten für die durchzuführende Sanierung.

Daher beantragen wir einen regelmäßigen Bericht im Fachausschuss über den Zustand des Schwimmbades und seiner Technik, wenn erforderlich mit einer externen regelmäßigen Untersuchung.

Eine kleine Anmerkung am Rand, ein Marketingkonzept, welches wir gleich verabschieden, macht keinen Sinn, wenn solche Meldungen in den Zeitungen das Image unserer Gemeinde bestimmen.

Ein weiterer Punkt in dieser Sache, der uns stört, ist die jährliche Schließung des Hallenbades in den Wintermonaten. Was genau denkt man sich dabei, wenn man betrieblich erforderliche Maßnahmen auf die Wintermonate legt?? Und damit das Hallenbad im Winter schließt. Ich glaube, in Sachen Außendarstellung, Kunden- und Servicefreundlichkeit haben wir noch einiges aufzuholen, besonders wenn man die Gemeinde nach außen repräsentiert.

Deswegen beantragt die SPD-Fraktion, das im Fachausschuss die zuständige Person in der Verwaltung, mal erklärt wie solche Entscheidungen zustande kommen und das in Zukunft solche Betriebsarbeiten nicht auf die Wintermonate gelegt werden, sondern in Monate in denen nicht so viele Badegäste das Hallenbad nutzen. Das wäre jedenfalls eine logische Entscheidung, auch im Hinblick auf die längere Schließung durch die Grundsanierung .Das müsste doch möglich sein.

Ein weiteres Thema, welches uns in den Haushaltsberatungen beschäftigt hat→

2. Neubau von Feuerwehr und Bauhof

Es ist interessant, dass Sie, Herr Bürgermeister, bei dem gleichzeitigen Neubau von Feuerwehr und Bauhof von einem „kostengünstigeren Bau“ sprechen.

Ich möchte Sie gerne daran erinnern, dass Sie, ihre Verwaltung und die Mehrheit des damaligen Gemeinderates sich für einen Generalunternehmer (GU) entschieden haben.

Die zusätzlichen Kosten für einen GU sind ca. 15% der Bausumme. Besonders kritisch ist die Vergabe an GU, wenn Änderungen vorgenommen werden müssen, folglich könnte die Bausumme am Ende ausurfern; und das alles weil sie sich eine Einzelvergabe nicht zutrauen und auch die Mehrheit des damaligen Gemeinderates, einschließl. Ihrer Partei.

Noch dazu argumentierten sie damals, dass man einen GU verpflichten könnte örtliche Handwerker zu bevorzugen. Diese Einstellung halte ich für realitätsfern.

Eine schlechte Entscheidung für die Handwerker aus dieser Gemeinde und unserer Region.

Mit dem Bau des naturwissenschaftlichen Zentrums „ Leonardo“ hat die Gemeinde mit der eigenen Vergabe positive Erfahrungen sammeln können. Das große Bauvorhaben „ Sprung an die Sieg“ geht seiner Vollendung entgegen, somit wären personelle Kapazitäten wieder frei. Mit der von Ihnen vorgeschlagenen „Rundum-Sorglos-Lösung“ lassen sich keineswegs nur Vorteile realisieren. Die Risiken eines Neubaus und einer Verteuerung des Bauvorhabens können durch einen Generalunternehmer nicht ausgeschlossen oder messbar reduziert werden. Die vermeintlich sehr erleichterte Abwicklung sowie die Vermeidung von Schnittstellenproblemen und Nachweisschwierigkeiten im Rahmen der Gewährleistung sind risikoreich. Eine zeitliche Garantie würde jedenfalls kein GU unterschreiben.

Kommen wir zu dem freiwerdenden Areal durch den Neubau der Feuerwehr und des Bauhofes: die Aussage das Kaufland sich an diesem Standort niederlassen möchte, wird in der Bevölkerung sehr kritisch beobachtet. Eine verbindliche Aussage liegt nicht vor, lediglich eine Interessensbekundung für die Zukunft. Darauf zu warten, dass Kaufland sich verbindlich äußert, ist schon wieder ein Ausdruck der Konzeptlosigkeit in der Verwaltungsspitze.

Deswegen beantragt die SPD-Fraktion: die Vermarktung dieses Areals im Fachausschuss für Wirtschaftsförderung zu beraten und vorzubereiten, damit weitere Investoren im Bereich Einzelhandel auf dieses Areal aufmerksam gemacht werden und nicht nur Kaufland wage zur Debatte steht. Außer den Verhandlungen mit der Kauflandgruppe sollten auch andere Möglichkeiten der Nutzung in Betracht gezogen werden.

Vorstellbar ist auch eine Immobilie mit dem Schwerpunkt „ Wohnen und Arbeiten“. Wohnungen im Ortszentrum, direkt am Bahnhof haben einen hohen Stellenwert, nicht nur bei Menschen, die sich ihre Mobilität lange erhalten wollen.

Beim Schwerpunkt „ Arbeiten“ kann sich die SPD-Fraktion, neben der Vermietung von Büroräumen, auch eine Nutzung der Kommune selbst vorstellen. Dort könnte ein modernes, offenes Rathaus entstehen.

Wie Sie sehen, gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten und dies möchten wir im Fachausschuss beraten.

Wir sehen es nicht ein, darauf zu warten, dass irgendwann, irgendwer an die Tür des Rathauses klopft und sagt: „ Da sind wir“. Da muss die Gemeinde zur Abwechslung mal offensiver werden.

Sehr verehrte Damen und Herren, kommen wir nun zu einem weiteren wichtigen Thema für unsere Gemeinde:

3.Zukunftspark Lindscheid

Mit Verwunderung habe ich feststellen dürfen, dass Sie das Thema Gewerbegebiet mit keiner Silbe in ihrer Haushaltsrede im Dezember erwähnt haben. Wie kann man das deuten?

In dem vorliegenden Haushaltsentwurf erklärt die Verwaltung die Wichtigkeit eines weiteren (neuen) Gewerbegebietes für die Entwicklung der Gemeinde Eitorf.

Wie wollen Sie eigentlich einen Wirtschaftsstandort Eitorf erreichen, wenn sie sich zu diesem Thema nach wie vor öffentlich zurückhaltend bis gar nicht dazu äußern. Der vorgeschlagene Investitionsplan sieht den Ankauf von Grundstücken für ein weiteres Gewerbegebiet ab 2019 vor.

Auch wenn der Standort bislang politisch umstritten ist, ist es umso wichtiger dieses Thema rasch auf die Tagesordnung der dafür zuständigen politischen Gremien zu setzen und zu entscheiden. Und da es jetzt nicht den Anschein macht als würden sie dieses existenzielle Thema voranbringen, beantragt die SPD-Fraktion: → den Ankauf von Grundstücken in Lindscheid ab 2016 in der Investitionsplanung vorzusehen. Die Beratung dieser politischen Entscheidung beantragen wir unter anderem für den Wirtschaftsausschuss.

Wir fühlen uns als SPD verpflichtet die wirtschaftliche Entwicklung unserer Gemeinde frühzeitig und langfristig zu stärken. Einen Zukunftspark in Lindscheid in der Nähe der B8. Ein Zukunfts- und Gewerbepark ist ein wichtiges Projekt um die Wirtschaft in Eitorf zu fördern. Hier hat die Gemeinde gute Chancen neue Handlungsfelder für wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen, damit sich Eitorf an wichtige wirtschaftliche und strukturelle Entwicklungen in der Region anbinden kann.

Dabei liegen die Vorzüge dieser Idee klar auf der Hand: Die Flächen sind groß, der Anschluss an die Autobahn gegeben und in der unmittelbaren Nähe gibt es auch Kooperationsmöglichkeiten für Unternehmen.

Die Wirtschaftsförderung sollte die bestehenden Unternehmen und Betriebe darin unterstützen hier in Eitorf zu bleiben und die Möglichkeit bieten sich bei Bedarf zu vergrößern. Die Abwanderung von bestehenden Unternehmen in Eitorf kann sich die Gemeinde nicht leisten.

Das „ Verwalten“ Eitorfs über viele Jahre hat dazu geführt, dass man neuen Ideen keinen Spielraum ließ, bzw. es versäumt hat über den Tellerrand zu schauen. Nicht nur mit Sicht auf Neuansiedlungen unterstützen wir einen Zukunfts- und Gewerbepark in Lindscheid, auch die Möglichkeit für Expansionen vorhandener Betriebe möchten wir mit einem Zukunftspark in Lindscheid erreichen.

Die vorhandenen Flächen in Eitorf reichen schon lange nicht mehr aus. Angrenzende Kommunen (Windeck, Hennef) haben uns bereits abgehängt. Das Abwandern vorhandener Betriebe können wir nicht sehenden Auges zulassen. (Beispiel Natumi, sind nach Troisdorf gezogen weil kein Platz)

Es ist ihre Pflicht, Herr Bürgermeister das Thema Gewerbegebiet Lindscheid grundsätzlicher zu beleuchten. Sie hatten elf Jahre Zeit. Bisher wurde mit den Bürgerinnen und Bürgern darüber nirgendwo öffentlich debattiert. Es entstand eine Bürgerinitiative, die eine Beteiligung Bürger/innen und transparente Kommunikation kritisiert. Da reicht das Mitteilungsblättchen als Medium nicht aus!!

Die SPD-Fraktion fordert daher – noch in diesem- Jahr eine Bürgerveranstaltung- in der Sie Hr. Bürgermeister informieren und die Bürger beteiligen. Die Akzeptanz in der Bevölkerung für solche Entscheidungen ist wichtig. Deswegen ist es zu begrüßen dass Bürger ihren Willen bei Ratsentscheidungen stärker mitzureden deutlich machen und neue Formen der Bürgerbeteiligung zu entwickeln. Hierbei seien die Möglichkeiten, die Internet und soziale Netzwerke bieten, für intensivere Bürgerbeteiligung zu nutzen.

Außerdem möchten wir Eitorfer Bürgerinnen und Bürger einen Einfluss auf die Entwicklung ihrer Gemeinde ermöglichen. Entscheidungen und Planungen, die im Rat getroffen werden, müssen besser kommuniziert werden. Hierzu beantragen wir eine Änderung im Ablauf von Rats-und Ausschusssitzungen. Wir sind der Meinung, dass die Einwohnerfragestunde auf der Tagesordnung an den Anfang gesetzt werden sollte.

Immer weiter steigende Kosten, z.B. Sanierungen oder die Kreisumlage haben die Gemeinde an den Rand der finanziellen Belastbarkeit geführt. Investitionen um die Einnahmeseite zu stärken fanden in den letzten 10 Jahren kaum statt. Umso wichtiger ist es einen Zukunfts-und Gewerbepark in Lindscheid aktiv voranzubringen.

Ein mittelfristiger Haushaltsausgleich ist daher nur durch Verbesserungen auf der Einnahmenseite zu erreichen.

Für uns ist daher klar, um Eitorf als Wirtschaftsstandort und neue Arbeitsplätze für die Zukunft zu erreichen, müssen wir investieren – in Maßnahmen für Infrastruktur, Wohngebietserschließung und Gewerbeerweiterung bzw. –ansiedlung.

Es sieht auch nicht aus, als würde die Kreisverwaltung die Kommunen entlasten.

Das Gegenteil ist der Fall, der Landrat profitiert von erheblich gestiegenen Einnahmen aus Zuweisungen von Land und Bund.

Leider nutzt er diesen Rückenwind nicht für eigene Sparbemühungen und deswegen leiden auch die Kommunen wie Eitorf unter fehlendem Sparwillen des Landrates. Wann, wenn nicht in vergleichsweise guten Zeiten, soll gespart werden? Das Geld was hier nicht gespart wird, geht zu Lasten des Angebots in Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis und damit in Eitorf.

4. Umsetzung Baugebiet Blumenhof

Das Baugebiet Blumenhof wird nach einer mühsamen Prozedur erst Ende 2015 erschlossen. Einwohnerzuwachs ist unser Ziel. Unserer Ansicht nach sollten weitere Wege für neue Wohngebiete geprüft werden. Ziel muss es sein, dass Flächen zu Preisen bereitgestellt werden, die sich auch normal verdienende Familie leisten können, insbesondere Familien mit Kindern. Die sind schon aus Gründen der Bevölkerungsentwicklung willkommen. Die Einwohnerzahlen in Eitorf sind rückläufig. Dieser Trend muss umgekehrt werden und diese Planungen müssen auch frühzeitig erfolgen. Die Attraktivität für junge Familien nach Eitorf zu ziehen muss steigen.

Berufstätige und Pendler nehmen längere Fahrten in Kauf, wenn Eitorf das Angebot schafft, junge Familien nach Eitorf zu locken.

Ein mögliches neues Wohngebiet wäre auf der Höhe Alzenbach und Merten denkbar.

Deswegen beantragen wir mögliche Gebiete mit einem guten Anschluss zur Bahn oder die Möglichkeit eine weitere Haltestation in Eitorf zu schaffen, zu prüfen und im Fachausschuss zu beraten. Eine weitere Haltestation ähnlich dem Siegbogen in Hennef sollte deswegen ebenfalls in der Vorbereitung berücksichtigt werden.

Die Erhöhung der Einwohnerzahl mittels Bereitstellung von Wohnraum muss über die Vielfalt an Angeboten geschehen.

5. Ersatzlösung Bahnübergang Brückenstraße

Gesetzliche Vorgaben haben zur Folge, dass der Bahnübergang an der Gemeinschaftsgrundschule in der aktuellen Form nicht weiter betrieben werden kann. Wir befürworten hier eine Bahnunterführungslösung, ähnlich der Einfahrt zum Gewerbegebiet Altebach II. Aus unserer Sicht würden alle anderen Lösungen langfristig ein Problem für den kompletten innerörtlichen Verkehrsfluss über die Kreuzung Bahnhofstraße/ Brückenstraße beinhalten.

Ein solcher baulicher Einsatz ist nicht ohne erhebliche finanzielle Mittel zu realisieren. Bei dieser Lösung wäre eine finanzielle Beteiligung der Bahn inbegriffen. Deswegen beantragt, die SPD-Fraktion die baldige Beratung zu diesem Thema im Fachausschuss. Wir wollen nicht warten, bis gesetzliche Vorgaben uns zum Handeln zwingen.

Eine baldige Grundsatzentscheidung erwartet auch der Chef der Verwaltung, so jedenfalls konnte ich das der Haushaltsrede entnehmen. Eine eigene Position des Bürgermeisters ist mir persönlich nicht bekannt.

6.Integriertes Handlungskonzept

Das integrierte Handlungskonzept macht die Hälfte ihrer Haushaltsrede aus.

Der Bund hat seine Mittel für die Städtebauförderung in NRW deutlich erhöht. Dafür haben Land und Kommunen in Nordrhein-Westfalen lange gekämpft. Mit dem Städtebauförderprogramm verstärkt die rot-grüne Landesregierung die Stadtentwicklung in NRW. Von dieser vorausschauenden Politik kann auch die Gemeinde Eitorf profitieren.

Mit der Regionale 2010 hat die Gemeinde Eitorf bereits Erfahrung in diesem Bereich. Jedoch dürfen zukünftige Förderprojekte nicht wie in der Vergangenheit dazu führen, dass die Realisierung und Inanspruchnahme von Fördermitteln einen so langen Zeitraum einnehmen. Wie es hier geschehen ist. Die Regionale 2010 wurde somit zur Regionalen 2015.

Aus diesem Grund hat sich die SPD-Fraktion im Rahmen ihrer Klausur intensiv mit der Weiterentwicklung des Ortskerns in Eitorf beschäftigt. Es ist wichtig die Möglichkeit der Förderung in Eitorf gemeinsam und parteiübergreifend voranzubringen. Da ziehen alle Fraktionen und die Verwaltung an einem Strang, damit sich in Eitorf endlich was tut, um zur infrastrukturellen Erneuerung unserer Kommune beizutragen.

Wichtige und mögliche Projekte für uns ist die Sanierung des Theater am Park in ein „Haus der Kulturen“ umzuwandeln. Die Angliederung der Eitorfer Gemeindebibliothek an das Theater wäre ein wichtiges Projekt mit dem man kultur- und bildungspolitische Ziele erreichen könnte. Kulturelle Bildung ist integraler Bestandteil der Allgemeinbildung. Bildung und Kultur gehören zusammen. Dieses Zusammenwirken muss vor Ort organisiert werden. Das Kulturangebot leistet einen wichtigen Beitrag zur Imagebildung der Gemeinde Eitorf und stellt damit auch eine Verknüpfung zum Tourismus her. Eine Zusammenlegung vom Theater und der Bibliothek verbessert die Möglichkeiten der Teilhabe in unserer Gesellschaft. Im Hinblick auf die gestiegenen Sozialkosten auf ein Rekordniveau ist ein präventiver Ansatz dringend notwendig, um die Ursachen zu korrigieren und auch bildungsferne Schichten zu erreichen. Deswegen ist es wichtig, dass in Eitorf eine kommunale Strategie der kulturellen Bildung erfolgt. Die Chance die sich durch das Integrierte Handlungskonzept bietet, sollten wir am Schopfe packen und gemeinsam angehen.

Denn ein HSK bis 2023 macht keinen Sinn, wenn perspektivisch keine Belebung der Gemeinde erfolgt. Die einseitige Erhöhung und das Abschröpfen der Bürger mit einem HSK, welches jedes Jahr die Hebesätze nach oben schraubt, kann nicht das Ziel dieser Gemeinde sein.

Gestalten und Investieren statt sparen – das ist unsere politische Antwort auf den Stillstand der letzten 10 Jahre in dieser Gemeinde.

7.Umsetzung Marketingkonzept

Mit dem Marketingkonzept, welches wir gleich in dieser Sitzung beschließen werden, haben wir wichtige Ideen entwickelt und müssen uns dafür einsetzen, dass diese Ideen auch umgesetzt werden. Da gilt es auch zu investieren. Dafür kaum Mittel zur Verfügung zu stellen, ist sparen an der falschen Stelle. Wir beantragen die Mittel aufzustocken und von einer Videoüberwachung für die Harmonie Schule abzusehen. Geschätzte Kosten 20.000€. Die Ursachen für die regelmäßigen Sachbeschädigungen im Schulareal müssen beseitigt werden. Eine Videoüberwachung sorgt lediglich dafür, dass sich solche Aktivitäten wo anders hin verlagern.

Die betroffenen Versicherungen haben bestimmt ein Interesse daran, dass zukünftige Sachschäden verhindert werden. Aus diesem Grund beantragt die SPD-Fraktion, dass die Verwaltung sich mit den zuständigen Versicherungen in Verbindung setzt und anfragt, ob ein sponsern der Schulen durch eine Videoausrüstung in Frage käme. Keine Schäden wären auch im Sinne der Versicherung. Diese Mittel in Höhe von 20.000€ sollen für das Marketingkonzept eingesetzt werden.

8. Schulsozialarbeit

In ihrer Haushaltsrede, Herr Storch haben sie die Schulsozialarbeit ebenfalls mit keinem Wort erwähnt.

Nachdem der Bund die Mittel gestrichen hat, gab die Landesregierung bekannt in die Finanzierung der Schulsozialarbeit in NRW einzusteigen. Im RSK betrifft dies ca. 40 Stellen, in Eitorf sind 4,6 Stellen davon betroffen. Die Landesregierung würde 60% der anfallenden Personalkosten tragen.

Die CDU-Kreisverwaltung ist nicht bereit die restlichen Mittel im Kreishaushalt zurückzustellen. Jedoch war man sich in der Vergangenheit nicht zu fein, nicht verbrauchte (Bundes-)Mittel aus dem Teilhabepaket in Höhe von 2 Mio. € im Kreishaushalt verschwinden zu lassen. Deswegen kam jetzt auch die plötzliche Verlängerung bis Schuljahresende. Das reicht aber nicht aus. Wir möchten diese Stellen dauerhaft erhalten.

Die betroffenen Schulen und Schulleiter/in in Eitorf haben im Schulausschuss eindringlich darauf hingewiesen, dass man auf diese Stellen angewiesen ist und nicht weiß wie man ohne diese Stellen die Arbeit auffangen soll.

Deswegen ist es umso verwunderlicher Herr Storch, dass sie für diese Stellen nicht kämpfen und es dem Zufall überlassen, ob diese Stellen in Eitorf erhalten bleiben.

Sie sind in der Pflicht aktiv zu werden. Daher beantragen wir, dass sie sich mit betroffenen Kommunen zusammentun und sich an die Kreisverwaltung wenden, um sich auf ein Konzept zu einigen. Die SPD-Kreistagsfraktion hat bereits einen Antrag im Kreistag eingebracht.

Ich möchte darauf hinweisen, dass mit der RWE-Aufwandsentschädigung in Höhe von einer halben Million, die der Ex-Landrat Kühn immer noch für sich beansprucht, die Schulsozialarbeit fast für ein Jahr gesichert werden könnte.

9.Flüchtlinge

Kommen wir nun zu einem weiteren wichtigen Thema, welches Sie anscheinend ebenfalls für nicht erwähnenswert erachtet haben. Die Flüchtlingssituation in Eitorf.

Die steigende Zahl der Flüchtlinge stellt die Kommunen vor erheblichen Problemen, eine vernünftige Unterbringung und Betreuung zu organisieren. Aus diesem Grund beantragt die SPD-Fraktion ein Runden Tisch zu dem der Ausschuss Jiss (Jugend, Integration, Senioren und Soziales) einlädt. Adressaten eines solchen Runden Tisches sind kirchliche Institutionen, die Moschee. Vereine und Verbände (wie z.B. .die AWO, Eitorfer Suppenküche und viele weitere Verbände) sowie interessierte Initiativen. Diese sollen zu diesem Anlass ins Bürgerzentrum eingeladen werden. Nehmen sie sich ein Beispiel an der Gemeinde Windeck.

Ehrenamtliches Engagement kann wichtige Hilfe leisten, um die Flüchtlinge hier in Eitorf willkommen zu heißen. Es sind bereits Verbände und kirchliche Institutionen in Eitorf aktiv, da ist es gut, wenn die Gemeinde Eitorf sich um eine bessere Koordination bemüht. Wir stellen uns der Aufgabe, Menschen in Not solidarisch und menschenwürdig hier aufzunehmen. Die Landesregierung hat am Freitag verkündet weitere Mittel für die Integration von Flüchtlingen bereitzustellen.

Unser Land erlebt eine Flüchtlingszuwanderung wie seit vielen Jahren nicht mehr. Fast überall helfen Menschen ehrenamtlich mit, Flüchtlinge willkommen zu heißen. Diese Welle der Hilfsbereitschaft ist beeindruckend. Das Förderprogramm der rot-grünen Landesregierung ist eine Unterstützung für ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit. Die Fördermittel können von den Kommunen beantragt werden und beispielsweise an Flüchtlingsinitiativen, Kirchengemeinden und viele weitere verteilt werden. Aus diesem Grund beantragen wir, dass für Eitorfer Ehrenamtliche in diesem Bereich eine Abfrage erfolgt, um mögliche finanzielle Unterstützung beim Land NRW zu beantragen.

Außerdem beantragen wir einen Sachstandsbericht für den Ausschuss Jiss über die aktuelle Lage in der Gemeinde. Wieviele Flüchtlinge sind in Eitorf in den letzten Monaten eingetroffen? Diese Zahlen möchten wir unterteilt wissen, in Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Wie viele davon sind aus den Kriegsgebieten in

welchen die Söldner der „IS“ morden. Wo werden die Flüchtlinge untergebracht? Wie verläuft die Unterbringung von Kindern in den Schulen? Welche Angebote existieren bereits für Asylsuchende in Eitorf?

10. Graffiti-Wand

Zum Abschluss möchten wir dazu festhalten, dass sie es sehr gut verstehen einen Beschluss zu verzögern und zu verhindern. Die Anfrage des Fördervereins Jugend setzte sich bereits 2013 für dieses Projekt ein und es gab einen mehrheitlichen Beschluss in allen Ausschüssen. Das Verweisen in andere Ausschüsse, zeitliche Verzögerungen und ihre Formulierungen in Schreiben an die Bezirksregierung führten letztlich dazu, dass die förderrechtlichen Rahmenbedingungen an dieser Stelle nicht erfüllt werden. Das ist keine saubere Art und Weise mit Mehrheitsbeschlüssen umzugehen, und das auf Kosten der Jugend in unserer Gemeinde.

Wir bleiben dennoch als SPD-Fraktion an dieser Sache dran und erachten nach wie vor Graffitikunst als gesellschaftspolitisch wichtig und beantragen folgendes:

Wir beantragen eine Priorisierung einer Graffitiwand für die nächste städtebauliche Planung zu berücksichtigen, also in diesem Fall für das integrierte Handlungskonzept. Außerdem beauftragen wir die Verwaltung zeitnah ein Konzept für die Begleitung und Unterhaltung einer Graffitiwand in Zusammenarbeit mit dem Förderverein Jugend und dem Aktivkreis zu erarbeiten. Wir möchten darauf hinweisen, dass der Aktivkreis in der Vergangenheit finanzielle Unterstützung signalisiert hat. In dieses Konzept sollen auch bestehenden Wände miteinbezogen werden.

Nun komm ich zu unserer Entscheidung bezüglich des Haushaltsentwurfes. Das Wohl unserer Heimatgemeinde steht an oberster Stelle, wir gestalten an entscheidender Stelle mit und setzen unsere politische Energie für die Weiterentwicklung Eitorfs ein.Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!